

Bonn, 09.11.2011

Mitteilung an die Medien

**„Kompensationszahlungen der rot-grünen Landesregierung
für die Universität Bonn sind eine finanzielle Mogelpackung!“**

RCDS Bonn kritisiert die unzureichende Höhe der Kompensationszahlungen der rot-grünen Landesregierung an die Universität Bonn als unzureichend

1/1

Der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS Bonn e.V.) kritisiert die unzureichende Höhe der Kompensationszahlungen des Landes NRW, für die seit Beginn des Wintersemesters 2011/12 weggefallenen Studienbeiträge, an die Universität Bonn als unzureichend.

„Durch die Abschaffung der Studienbeiträge entstehen der Universität Bonn erhebliche finanzielle Mindereinnahmen. Im Jahr 2009 betrugen die Nettobeitragseinnahmen aus Studienbeiträgen rund 16,7 Mio. Euro. Für das Studienjahr 2011/12 erhält die Universität Bonn jedoch nur ca. 13,9 Mio. Euro an Kompensationsmitteln von der rot-grünen Landesregierung. Das ist so nicht hinnehmbar, denn diese finanzielle Lücke geht letztendlich zu Lasten der Studierenden in Bonn.“, so Claus Kullen, Vorsitzender des RCDS Bonn.

Wären die Studienbeiträge zum Wintersemester 2011/12 nicht abgeschafft worden, hätte die Universität Bonn, auf Basis steigender Studierendenzahlen, mit höheren Einnahmen aus Studienbeiträgen in Höhe von ca. 17,2 Mio. Euro rechnen können. Es entgehen der Bonner Hochschule damit Einnahmen aus Studienbeiträgen von rund 3,2 Mio. Euro. Im Vergleich der Steuerjahre 2009 und 2011/12 verringern sich damit die verfügbaren Mittel pro Student und Semester um 18,6 Prozent.

„Die Kompensationszahlungen der rot-grünen Landesregierung sind eine finanzielle Mogelpackung. Bereits letztes Jahr hat der RCDS Bonn die zuständige Ministerin Svenja Schulze aufgefordert, eine genaue Auskunft über die der Universität Bonn zustehenden Kompensationsmittel zu geben. Dies wurde uns verweigert. Jetzt wissen wir auch genau warum. Die rot-grüne Landesregierung kann nicht einerseits die Studienbeiträge abschaffen und andererseits die von ihr gemachten Zusagen über den Ersatz dieser Einnahmen in voller Höhe nicht einhalten. Hochschulbildung kostet Geld und muss seriös finanziert werden. Die rot-grüne Landesregierung muss hier dringend und schnell nachbessern“, so Claus Kullen abschließend.